



**An die
Mitglieder
des Schulausschusses**

Dezernat V
Bildung, Jugend, Soziales und Kultur
Stabstelle 05 - Entwicklung und strategische
Steuerung Bildung und Soziales

Rathaus; Zimmer 25

Auskunft erteilt

Frau Krüger

Telefon

309 – 3105

Telefax

309 – 3369

Email

Daniela.krueger@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

52 00 00

Datum

23.09.2024

PROTOKOLL

Anliegend erhalten Sie das Protokoll zur nachstehenden Sitzung:

▼ Gremium

Schulausschuss

▼ Sitzung vom:

06.06.2024

▼ Sitzungsort

Huldigungssaal, Rathaus

▼ Tatsächliche Sitzungsdauer

16:00 - 18:00 Uhr

Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.

Vorsitzender

Dezernent

Protokollführung

Soldan

Forster

Ebrahimi-Koplin



ANWESENHEITSLISTE

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Frank Soldan

Herr Pascal Mennen

Mitglieder des Gremiums

Frau Anna Bauseneick

ab 16:12 Uhr

Herr Burghard Heerbeck

bis 17:42 Uhr

Frau Antje Henze

Vertretung für: Frau Stefanie Filohn

Frau Laura Schäfer

Frau Jana Mederike Warnck

Grundmandat

Herr Dirk Neumann

Beschließende Mitglieder

Frau Anja Heider-Reents

Frau Miriam Kaschel

Beratende Mitglieder

Frau Karoline Amelung Rektorin

Vertretung für: Herrn Patrick Schnüttgen

Herr Sofian Messaoud

Verwaltung

Herr Florian Forster Stadtrat

Frau Jutta Bauer FBL 5b

Herr Marvin Miekautsch BL 55

Frau Daniela Krüger Stabsstellenleiterin 05

Protokollführung

Frau Gissa Ebrahimi-Koplin SG-Leitung 552

Abwesende Mitglieder

Mitglieder des Gremiums

Frau Dr. Corinna Maria Dartenne	fehlt entschuldigt
Frau Stefanie Filohn	fehlt entschuldigt
Herr Jörg Kohlstedt	fehlt entschuldigt

Beschließende Mitglieder

Herr Florentin Weber	fehlt entschuldigt
Herr Frithjof Burmeister	fehlt entschuldigt
Herr Stephan Seeger	fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Patrick Schnüttgen	fehlt entschuldigt
Frau Heike Wardatzky	fehlt entschuldigt

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls vom 05.12.2023**
- 4 Genehmigung des Protokolls vom 08.02.2024**
- 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 6 Einwohnendenfragen**
- 7 Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Kreideberg; hier: Antragstellung beim RLSB Lüneburg
Vorlage: VO/11119/24-1**
- 8 Zentralisierung der Vergabe/Abrechnung des Schulessens
Vorlage: VO/11120/24-1**
- 9 Bericht zur Übermittagsbetreuung (ÜMI) in der Hansestadt Lüneburg**
- 10 Anfragen im öffentlichen Teil**

PROTOKOLL:

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Soldan begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen einstimmig festgestellt:

1. TOP 7 – Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Kreideberg, hier: Antragstellung beim RLSB wird zu TOP 5 (unmittelbar nach Genehmigung der Protokolle).
2. Die Einwohnendenfragen werden vor den Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil behandelt und verbleiben somit unter TOP 6.
3. Die Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil werden unter TOP 7 behandelt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls vom 05.12.2023

Beratungsinhalt:

Frau Kaschel bittet um Aufnahme ihrer Wortbeiträge zum Protokoll. Sie wird jene an die Verwaltung schicken, damit sie dem Protokoll beigelegt werden können.

Die Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Schulausschusses am 05.12.2023 wird bis dahin zurückgestellt.

Beschluss:

Wird vertagt

zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 08.02.2024

Beschluss:

Der *Schulausschuss* fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des Schulausschusses vom 08.02.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Der TOP wird laut geänderter Tagesordnung unter lfd. Nr. 7 behandelt.

7.1 Ausnahmeantrag nach § 129 Abs. 3 i. V. m. § 157 Abs. 1 NSchG der St.-Ursula-Schule betreffend

Das Niedersächsische Kultusministerium hat mit Schreiben vom 08.03.2024, eingegangen am 12.03.2024, die beantragte Ausnahmegenehmigung für die St.-Ursula-Schule erteilt. Für die Dauer der Schuljahre 2024/2025 bis 2027/2028 darf der Anteil der nichtkatholischen Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl bis zu 40 Prozent, statt vormals 30 Prozent, betragen.

Die Ausnahmegenehmigung wurde für vier Schuljahre erteilt; eine unbefristete Ausnahmegenehmigung ist von Seiten des Gesetzgebers nicht vorgesehen.

Die Leitung der St.-Ursula-Schule und die Leitungen der übrigen Grundschulen in städtischer Trägerschaft wurden über das veränderte Aufnahmeverhältnis bereits entsprechend unterrichtet.

7.2 Einrichtung von Funktionspostfächern für den Stadteltern- und Stadtschülerrat

In der Sitzung des Schulausschusses vom 14.09.2023 wurde beschlossen, Funktionspostfächer für den Stadteltern- und Stadtschülerrat einzurichten.

Die Funktionspostfächer wurden zwischenzeitlich eingerichtet; die beiden Gremien sind nunmehr zentral wie folgt zu erreichen:

Stadtelternrat: stadtelternrat@lueneburg.de

Stadtschülerrat: stadtschuelerrat@lueneburg.de

Die geänderten Erreichbarkeiten wurden auch bereits im Ratsinformationssystem hinterlegt.

7.3 Auflösung der Herderschule in der Grundschule Kreideberg

Der neunte Jahrgang der Herderschule war über viele Jahre als Außenstelle in der Grundschule Kreideberg ausgelagert und wurde dort entsprechend unterrichtet. Im Zuge des Abschlusses der baulichen Maßnahmen an der Herderschule (Neubau) wird die Außenstelle an der Grundschule Kreideberg aufgelöst, sodass alle Schülerinnen und Schüler zum neuen Schuljahr 2024/2025 dauerhaft an die Herderschule zurückkehren.

Im gleichen Zuge wird in den in der Grundschule Kreideberg freiwerdenden, fünf allgemeinen Unterrichtsräume eine Außenstelle der IGS Kreideberg gebildet. Hier werden die Klassen der neunten Jahrgangsstufe untergebracht. Die Verwaltung ist aktuell bezüglich der Ausstattung der Räumlichkeiten mit der IGS Kreideberg im Gespräch. Die Grundschule Kreideberg ist durch die Verwaltung entsprechend informiert worden.

Auf Nachfrage Herrn Mennens teilt Herr Miekautsch mit, dass die Container auf dem Vorschulhof an der Herderschule auch weiterhin genutzt werden. Der abgeschlossene Anbau dient zur Aufnahme der Klassen, welche in der Außenstelle an der Grundschule Kreideberg untergebracht waren.

7.4 Bundesfreiwilligendienstleistende im Bereich Schulen

Im Bereich 55 (Schulen) sind derzeit organisatorisch fünf Bundesfreiwilligendienstleistende angegliedert, die ihren Bundesfreiwilligendienst derzeit an verschiedenen Schulen leisten. Die Verwaltung kann nicht genauer eingrenzen, wann und nach welchen Kriterien die Verteilung dieser Stellen damals auf die Schulen erfolgt ist. Die Stellen waren bis dato immer starr an die Schulen „gebunden“ und haben nicht bedarfsorientiert rotiert.

Seitens der Schulen wird an die Verwaltung regelmäßig der hohe Bedarf an Unterstützung durch Bundesfreiwilligendienstleistenden herangetragen. Die Bundesfreiwilligendienstleistenden werden für verschiedene Zwecke und Umsetzung von Projekten an den Schulen eingesetzt und betreut.

Eine durch die Verwaltung durchgeführte Abfrage hat ergeben, dass insgesamt zwölf Schulen ein Interesse an einer solchen Stelle geäußert haben. Derzeit wird geklärt, ob dieser Bedarf nicht teilweise durch eine interne Verschiebung von nicht besetzten Stellen gedeckt werden kann. Hier finden noch konkrete Gespräche statt. Alternativ würde sich natürlich auch ein bedarfsorientiertes Rotationssystem anbieten.

7.5 Ausstattung der Schulen mit Spendern für Periodenartikel

Der Schulausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.09.2023 beschlossen, die Schulen in städtischer Trägerschaft bedarfsgerecht mit sogenannten Periodenartikelspender auszustatten.

Die Gebäudewirtschaft hat im weiteren Verlauf Vergleichsangebote eingeholt und ein Mustermodell in den Sporthallen Kaltenmoor montiert, um die Praktikabilität zu testen (Entnahme, Nachfüllung, Montageeignung, Vandalismusbeständigkeit). Der Spender ist dort in Betrieb, zuletzt mit deutlich zunehmender Materialentnahme.

Von diesem Modell wurden nun insgesamt 25 weitere Spender beschafft. 18 Spender werden in den Schulen in den Mädchen-Sanitäranlagen installiert und sechs weitere Spender in den Sporthallen. Die Kosten pro Spender belaufen sich auf rund 150 Euro brutto.

Die Schulen wurden seitens der Verwaltung bereits darüber informiert, dass die Verteilung der Spender zeitnah erfolgen wird. Die Montage soll spätestens in den Sommerferien erfolgen; die Schulhausmeister:innen sollen die Montage vornehmen. Nachfüllmaterial wird den Schulen entsprechend zur Verfügung gestellt.

7.6 Naturparkschule

Da die Grundschule Häcklingen zum Naturpark Lüneburger Heide gehört, hat die Verwaltung Kontakt zur Schule aufgenommen, um in Erfahrung zu bringen, ob die Grundschule Häcklingen sich vorstellen könne, zur Naturparkschule zu werden.

Die Schulleitung gab die Rückmeldung, dass die Grundschule Häcklingen schon Kontakt zu den zuständigen Kollegen dieses Projekts hatte und von dort die Rückmeldung kam, dass dort derzeit keine Kapazitäten zur weiteren Aufnahme einer Schule bestehen würden.

Parallel ist die Grundschule Häcklingen jedoch auf den Weg, eine von UNICEF zertifizierte Kinder-rechteschule zu werden.

7.7 Organisation einer zentralen, neutralen Informationsveranstaltung über die Schulformen der weiterführenden Schulen

Auf Einladung des Landkreises Lüneburg hat vom 3. – 4. April eine Schulleitungsklausur stattgefunden, zu der alle Schulleitungen des gesamten Landkreises und der Schulträger Hansestadt Lüneburg eingeladen waren. Thema der Veranstaltung war: „Schulische Übergänge gestalten - Von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen“. Die Veranstaltung wurde sehr positiv aufgenommen und das Format soll im nächsten Jahr fortgesetzt werden. In der Regionalen Workshop-Gruppe Lüneburg

wurde als ein konkretes Ergebnis erarbeitet, dass es eine zentrale Informationsveranstaltung an einem neutralen Ort geben soll, in der unabhängig von den jeweiligen Schulen neutral über die einzelnen Schulformen der weiterführenden Schulen informiert werden soll. Dort wird auch über die Berufsbildenden Schulen berichtet werden. Die Organisation dieser Veranstaltung erfolgt durch die Hansestadt Lüneburg. Als Termin wurde bereits der 24.10.24 festgelegt. Die Veranstaltung wird voraussichtlich im Forum des Audimax stattfinden.

Die Anregung Frau Schäfers, mehrsprachige Informationen zu der Veranstaltung vorzuhalten, wird von Frau Bauer aufgenommen und nachfolgend berücksichtigt.

7.8 Strategiegruppe Bildung des Landkreises Lüneburg

Am 30.04.24 hat sich die Strategiegruppe Bildung des Landkreises Lüneburg konstituiert. Es wurde eine Geschäftsordnung verabschiedet. Den Vorsitz in der Strategiegruppe hat die Erste Kreisrätin Yvonne Hobro, zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde die städt. Fachbereichsleiterin Familie und Bildung – Jutta Bauer gewählt.

Wie sind die nächsten Schritte?

Der Landkreis Lüneburg hat sich mit BILL – Bildung im Landkreis Lüneburg bei Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und ESF plus beworben

- Projektzeitraum 01.07.2024 –30.06.2028
- Erarbeitung einer fundierten Datengrundlage
- Entwicklung eines Bildungsportals
- Erarbeitung von Leitlinien und einer Gesamtstrategie für die Bildungslandschaft

Handlungskonzepte in den drei Schwerpunkten

- Inklusion
- Fachkräftesicherung
- Politische Bildung

Die Mitglieder der Strategiegruppe haben mitgeteilt, zu welchen Handlungsschwerpunkten sie mitarbeiten wollen. Impulse zu Leitlinien und Zielereichungen sollen ab Oktober 2024 erarbeitet werden.

7.9 Erste Informationen zum Startchancen-Programm

Frau Bauer trägt anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation vor.

Herr Heerberg fragt an, wie der Sozialindex zustande gekommen sei.

Laut Herrn Mennen handelt es sich um eine Bundesvorgabe. Der Index setzt sich wie folgt zusammen:

- 45% Migration (Migrationshintergrund, Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Teilnahme an Sprachkursen)
- 35% Armut
- 10% festgestellter Förderbedarf, Summe Fehlabschlüsse

Für die Zukunft werde das Land Niedersachsen einen eigenen Sozialindex entwickeln.

Das Startchancen-Programm wird wissenschaftlich begleitet; die avisierten Fördergelder werden ab übernächstem Schuljahr fließen.

Herr Heerberg möchte wissen, ob der Nachhaltigkeitsgedanke berücksichtigt wird; auch würde er gerne näheres zu der Art des Ressourcenverbrauches über den Schulträger hören.

Herr Forster bemerkt, dass es sich um ein auf 10 Jahre angelegtes Projekt handelt; die Details sind noch zu erarbeiten.

Herr Soldan fragt nach der Schulsozialarbeit an städtischen Grundschulen.

Laut Frau Bauer handelt es sich um eine originäre Aufgabe des Landes, welche aber nicht bzw. nicht im erforderlichen Umfang wahrgenommen wird. Aktuell werde einiges über den Landkreis Lüneburg finanziert; bei der Hansestadt Lüneburg gibt es keine entsprechenden Haushaltsmittel.

7.10 Ganztagsbetreuung

Bezugnehmend zu der letzten Sitzung des Schulausschusses teilt Herr Forster mit, dass die vom Städtetag seit längerem angekündigte Informationsveranstaltung zu dem Ganztagsanspruch leider noch nicht stattgefunden habe. Der Hansestadt Lüneburg liegen bis zum heutigen Tag keine neuen Informationen vor, welche den Ausschussmitgliedern vorgestellt werden können. Die Verwaltung wird in Gespräche mit den Schulleitungen einsteigen, um den Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung erfüllen zu können.

Frau Bauseneick fragt nach, ob ein parteiübergreifender Austausch zu diesem Thema angedacht sei. Herr Forster verweist auf die unterschiedlichen Quellen zu dem Thema: Städtetag, Landkreistag, RLSB, Schulleitungen, Schulverwaltungsblatt. Sofern weitere Informationen den Parteien vorliegen, könne jene an die Stadtverwaltung gesandt werden.

zu 6 Einwohnendenfragen

6.1 Einwohnendenfrage 1 – Neubau IGS Kreideberg (s.a. Anlage)

Frau Poxleitner fragt, weswegen der geplante Neubau an der IGS Kreideberg nicht mehr als Oberstufenbau bezeichnet wird.

Die Verwaltung teilt mit, dass die erforderliche Genehmigung für die Sekundarstufe II über das RLSB noch ausstehe, des Weiteren werden die Räumlichkeiten auch ohne eine Oberstufe benötigt.

6.2 Einwohnendenfrage 2 – Biostadt Lüneburg (s.a. Anlage)

Zu der als Anlage beigefügten Einwohnendenfrage wird im Einzelnen wie folgt Stellung genommen:

Zu 1.) Es gibt nicht die eine Zuständigkeit für Bio-Essen bei der Hansestadt Lüneburg. Je nachdem, ob nun Schulen, Kitas oder auch Gemeinschaftsunterkünfte betroffen seien, bestehen eigene fachliche Organisationseinheiten mit den jeweiligen Bereichsleitungen, welche angesprochen werden können.

Eine Erhöhung des Bio-Anteiles bei einer städtischen Essensausgabe sei erklärtes Ziel der Hansestadt Lüneburg, die Umsetzung dauert noch an.

Zu 2.) Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da es die unterschiedlichsten Ausprägungen gibt.

Zu 3.) Eine Erhöhung des Bioanteiles an öffentlichen Gemeinschaftsverpflegungen wird sowohl seitens der Politik als auch der Verwaltung unterstützt.

Frau Schäfer teilt mit, dass ihre Fraktion hierzu einen Fragenkatalog an die Verwaltung gesandt und um ein Gespräch auf Fachbereichs- und Bereichsleitererebene gebeten habe.

Die zukünftige Zentralisierung des Abrechnungssystems beim Schulessen wird zustimmend aufgenommen.

Herr Soldan verweist in diesem Zuge auf die AG „gesundes Schulessen“, welche sich bereits eingehend mit dem Thema beschäftigt hat.

Laut Frau Bauseneick haben Caterer, welche Bio-Essen anbieten möchten, umfangreiche Unterlagen für eine entsprechende Zertifizierung vorzulegen.

zu 7 Errichtung einer gymnasialen Oberstufe an der IGS Kreideberg; hier: An-

tragstellung beim RLSB Lüneburg
Vorlage: VO/11119/24-1

Beratungsinhalt:

Der TOP wird laut geänderter Tagesordnung unter lfd. TOP 5 behandelt.

Herr Miekautsch trägt zur Vorlage vor.

Der Stadtschülerrat hat auf Nachfrage keine Stellungnahme abgegeben. Dies habe aber auf das weitere Verfahren keine Auswirkungen.

Die erforderlichen Prognosen laut Anlage „Prognosezahlen für die kommenden 10 Jahre“ von mindestens 54 Schüler:innen pro Schuljahr liegen vor.

Im Ergebnis liegen sämtliche erforderliche Unterlagen und Voraussetzungen für die Erweiterung der IGS Kreideberg um eine gymnasiale Oberstufe beim RLSB vor.

Herr Heerberg fragt nach, aus welchen Gründen der Schulgrundsatzausschuss nicht beteiligt wurde. Ihm sei bekannt, dass der Landkreis Lüneburg in derlei Fällen immer den Schulgrundsatzausschuss einberufe.

Laut Herrn Forster war es erklärtes Ziel der Stadtverwaltung, eine Sitzung des Schulgrundsatzausschusses abzuhalten. Hierzu habe es sowohl von seiner Seite als auch von Seiten Frau Bauers Gespräche mit dem Landkreis Lüneburg gegeben. Die Kreisverwaltung hat die Erforderlichkeit einer Sitzung des Schulgrundsatzausschusses nicht gesehen.

Für die Erweiterung der IGS Kreideberg um eine gymnasiale Oberstufe gibt es einen engen Zeitplan, aus diesem Grund wurde die Entscheidung des Landkreises Lüneburg akzeptiert.

Frau Kaschel weist an dieser Stelle auf die Erforderlichkeit einer ganzheitlichen Betrachtung aller Schulformen hin; so werden immer mehr Schulen für schwächere Schüler:innen geschlossen, jene Schüler:innen sollten aber weiter im Fokus bleiben und bei allen Planungen nicht aus dem Auge verloren werden.

Herr Soldan unterstreicht, dass es in der heutigen Sitzung um die Erweiterung der IGS Kreideberg um eine gymnasiale Oberstufe geht. Eine gymnasiale Oberstufe an der IGS Kreideberg würde die bestehende Schullandschaft bereichern.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat mehrheitlich folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Erweiterung der IGS Kreideberg um eine gymnasiale Oberstufe beim Regionalen Landesamt für Schule und Bildung in Lüneburg zu stellen und das Genehmigungsverfahren in Gang zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 8 Zentralisierung der Vergabe/Abrechnung des Schulessens
Vorlage: VO/11120/24-1

Beratungsinhalt:

Herr Miekautsch trägt zum Inhalt der Vorlage vor.

Es gibt zwei Varianten auf dem Markt, um ein zentrales Abrechnungswesen für Schulessen zu etablieren, die einfache Softwarelösung und ein Full-Service-System.

Im Vergleich werden bei der Softwarelösung die Kosten für eine Anschaffung von Soft- und Hardware einschl. etwaiger Schulungen bei der Hansestadt Lüneburg verbleiben. Zudem würden sämtliche Tätigkeiten des Abrechnungsvorganges bei der Stadtverwaltung verbleiben. Hierzu gibt es keine personellen Ressourcen im Bereich Schulen.

Bei der Alternative mit dem Full-Service-System würden diese Aufgaben vollständig von dem Anbieter wahrgenommen, so dass keine zusätzlichen Tätigkeiten für die Verwaltung anfallen.

Eine Gegenüberstellung der Kosten beider Abrechnungssysteme hat ergeben, dass ein Full-Service-System wirtschaftlicher und kostengünstiger wäre.

Seitens der Verwaltung wird daher die Ausschreibung eines Full-Service-Systemes favorisiert.

Auf Nachfrage Frau Kaschels wird bestätigt, dass die laut Vorlage genannten 110.000 Essen in den 11 städtischen Grundschulen ausgegeben werden.

Herr Neumann fragt an, ob es bei den unterschiedlichen Caterern pro Schule bleibt oder ob es zukünftig einen einheitlichen Caterer für alle Grundschulen geben wird.

Laut Herrn Forster soll heute ausschließlich über ein zentrales Abrechnungssystem beschlossen werden.

Sollte es zukünftig darum gehen, das Catering/die Auswahl des Essens zu zentralisieren, wäre ein Caterer für sämtliche Schulessen eine durchaus denkbare Option.

Auf Nachfrage Herrn Heerbergs wird mitgeteilt, dass Fragen hinsichtlich einer Laufzeit oder auch der Möglichkeit eines Wechsels des Anbieters Inhalt der Ausschreibung und vertraglichen Gestaltung sein werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zentralisierung des Abrechnungssystems des Schulessens vorzubereiten und das hierfür notwendige Vergabeverfahren durchzuführen. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro werden für das Haushaltsjahr 2025 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 9 Bericht zur Übermittagsbetreuung (ÜMI) in der Hansestadt Lüneburg

Beratungsinhalt:

Frau Bauer trägt anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation vor.

Das aktuelle Platzangebot der Übermittagsbetreuung an den Grundschulen Lüne und Am Sandberg habe im Abgleich mit den Anmeldungen für das kommende Schuljahr eine erhebliche Anzahl von fehlenden Plätzen ergeben. An der Grundschule Lüne zum Beispiel hätte keinem einzigen Erstklässlerkind ein Betreuungsplatz angeboten werden können..

Vor diesem Hintergrund haben intensive Gespräche zwischen dem Schulträger und PädIn stattgefunden. Schließlich hat sich PädIn bereit erklärt, an der GS Lüne zwei zusätzliche Gruppen nur für Erstklässler und an der GS am Sandberg eine weitere halbe Gruppe unter der Voraussetzung einzurichten, dass das notwendige Personal akquiriert werden kann und die zusätzlichen Kosten von der Hansestadt Lüneburg übernommen werden

Es entstehen zusätzliche Kosten in Höhe von 110.000.-€ für die zusätzlichen Gruppen an der GS Lüne und 46.000.-€ für die halbe Gruppe an der GS am Sandberg.

Die Gesamtkosten von 156.000.-€ können aus dem städtischen Haushalt bestritten werden, ggf. kann es für den Haushalt 2025/2026 noch zu einer Nachsteuerung kommen.

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 10 Anfragen im öffentlichen Teil

10.1 Frau Kaschel hebt die Problematik einer Inklusion an normalen Schulen ohne Förderschwerpunkt hervor. Es bestehen Sorgen und Ängste von betroffenen Eltern. Es wird daher angefragt, wo die Kinder bleiben.

Laut Herrn Forster gibt die jährlich zu erstellende Schülerstatistik Auskunft, an welchen Schulen inklusive Schüler:innen beschult werden.

Die Statistik kann in der nächsten Schulausschusssitzung vorgestellt werden.

10.2 Frau Bauseneick bittet um Vorstellung der Ergebnisse des Runden Tisches „Inklusion“. Herr Forster bemerkt, dass hierzu mit der Schülerstatistik (s. lfd. 10.1) im Schulausschuss eine Mitteilung erfolgen wird.

